# Licht im Dunkel

**Die Mörder des Priesters Popieluszko haben Hintermänner in der Parteispitze – sie zu entlarven, kann Parteichef Jaruzelski sein Amt kosten.**

Froschmänner der polnischen Armee bargen aus einem Stausee bei Wloclawek an der Weichsel, 140 Kilometer flußabwärts von Warschau, einen Toten. Es war am vorigen Dienstag, und eine Befürchtung von Millionen Polen war damit zur Gewißheit geworden: Offiziere des Geheimdienstes hatten den Arbeiterpriester Jerzy Popieluszko, 37, aus politischen Gründen elf Tage zuvor nicht nur entführt, sondern auch ermordet.

Empörung flammte auf in Polen. Verzweifelt versuchten Sprecher der Regierung, des polnischen Episkopats und der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in ungewohnter Übereinstimmung, die Bevölkerung von Demonstrationen und unbedachten Aktionen abzuhalten. Arbeiterführer Walesa: „Unsere Kraft holen wir nicht von der Straße, sondern auf den Knien – beim Beten."

Der „Internationale Bund Freier Gewerkschaften", dem 83 Millionen Arbeiter in 95 Ländern angehören, forderte die Regierung auf, endlich „Licht in das Dunkel" um den Tod des neuen polnischen Märtyrers zu bringen. Doch genau das erweist sich für die Regierung Jaruzelski als die größte Schwierigkeit. Denn die Spur der Ermittlungen – am vergangenen Freitag wurden erstmals höhere Offiziere verhaftet – führt zu Spitzenfunktionären.

Fest steht: Die geständigen Täter des politischen Kidnappings, Hauptmann Grzegorz Piotrowski, 33, sowie seine direkten Untergebenen, Oberleutnant Waldemar Chmielewski, 29, und Oberleutnant Leszek Pekala, 32, gehören allesamt zum polnischen Sicherheitsdienst „Sluzba Bezpieczeństwa" (SB), der dem Innenministerium untersteht.

Alle drei arbeiteten seit Jahren in der Hauptabteilung IV, zuständig für die Überwachung der Kirchen und der nationalen Minderheiten. „Frontdienst", wie im Hausjargon Aufgaben im Außenbereich umschrieben werden, haben sie selten gemacht; hauptsächlich waren sie mit der Auswertung heimlich abgehörter Telephongespräche und Spitzelmeldungen beschäftigt.

Aus Gründen, die vorerst noch ungeklärt sind, entschied sich der Haupttäter Piotrowski in einem seit 1981 offen ausgebrochenen Kompetenzkampf im Innenministerium für die „Polizeifraktion" und gegen die „Militärfraktion".

Der Hintergrund: Um die seit Jahren unheimliche Macht der Geheimpolizei einzudämmen, hatte Partei- und Regierungschef Jaruzelski vor zwei Jahren die Neuorganisation des Super-Ministeriums in der Warschauer Rakowiecka-Straße befohlen. Der Ministerposten ist mit einem Mann seines Vertrauens, General Czeslaw Kiszczak, besetzt, drei der sechs Stellvertreter und gut die Hälfte der 20 Hauptabteilungsleiter kommen aus dem Abwehrdienst der Armee und gelten als Aufpasser über die Polizisten.

Denn diese Milizionäre, meist vom reaktionären Parteiflügel und durch Querverbindungen zu den „Beratern" des Sowjet-Geheimdienstes KGB gedeckt, haben schon mehrmals in der polnischen Nachkriegsgeschichte versucht, die politische Macht zu unterlaufen.

Der bekannteste von ihnen ist der ehemalige Partisanengeneral Mieczyslaw Moczar, 70, inzwischen krank und politisch kaltgestellt, aber noch immer gefährlich. Der Partisan, der sich auf den Kombattantenverband „Zbowid" und die Bürgermilizen, eine Truppe von 260 000 Parteiaktivisten, stützen kann, versuchte 1968 als polnischer Innenminister, seinen Parteichef Gomulka durch einen Putsch zu stürzen.



**Arbeiterpriester Popieluszko (1983)**
„Nicht ohne Protest schweigen"

Drei Jahre später, bei den von der Miliz blutig niedergeschlagenen Arbeiterunruhen in den Küstenstädten, hatte er Erfolg: Gomulka wurde abgesetzt, aber an seiner Stelle nicht Moczar, sondern der Kattowitzer Gierek gewählt. Fünf Monate später machte Moczar auf einem Geheimtreffen der Sicherheitskräfte in Olsztyn (Allenstein) auch gegen den neuen Chef mobil – sein Vorhaben wurde von der Kreml-Führung, die neue Unruhen fürchtete, den polnischen Genossen mitgeteilt.

Trotz dieser Anschläge war der Partisan auch nach der Machtübernahme von Jaruzelski noch stark genug, um sich als Chef der Obersten Kontrollkammer in der Führungsriege zu halten. Erst als Moczar auch ein Dossier über angebliche Unredlichkeiten Jaruzelskis anlegte, konnten die Partei-Orthodoxen ihn nicht mehr halten.

Zu dieser Seilschaft, verbunden durch die Vorstellung, die Stabilität in Polen lasse sich nur durch Polizeiterror und eine repressive Staatsmacht erzwingen, gehören noch heute Männer der höchsten Führung, die „Betonköpfe": Außenminister Stefan Olszowski, Intimus der Sowjets, das Politbüro-Mitglied Albin Siwak sowie der ehemalige Innenminister und jetzige ZK-Sekretär Miroslaw Milewski, in der Parteispitze für Fragen der inneren Sicherheit verantwortlich.

Ebenfalls zu den „Betonköpfen" zählen das ehemalige ZK-Mitglied Tadeusz Grabski, inzwischen an die Handelsmission in Ost-Berlin abgeschoben, und Stanislaw Kociolek, Polens Botschafter in Moskau. Beide tauchten im Spätsommer 1981 ohne Auftrag der Warschauer Führung als Emissäre beim damaligen Kreml-Chef Breschnew in seinem Sommersitz auf der Krim auf und führten tagelang Verhandlungen.

Was dort besprochen wurde, ist inzwischen weitgehend bekannt: das von Moskau entworfene Szenario für die Lösung der polnischen Krise. Es sah vor, daß ein vom Geheimdienst provozierter Zwischenfall (Überfall auf Angehörige der sowjetischen Streitkräfte oder Blockierung sowjetischer Transporte durch Polen) die „brüderliche Hilfe" durch die Sowjets notwendig mache. Mit Hilfe des polnischen Sicherheitsdienstes sollte dann die Opposition beseitigt werden.

General Jaruzelski kam mit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 den Moskauer Plänen zuvor – an Stelle der Geheimpolizei übernahm die Armee in Polen das Kommando.

Seither sahen sich die Geheimen schrittweise entmachtet. Eine Neuorganisation im Innenministerium legte auch die Schlüsselpositionen des Sicherheitsdienstes in den Woiwodschaften, Städten und sogar in den Betrieben in die Hände von Offizieren der Armee.

Der einzige Sicherheitsbereich, auf den Jaruzelski keinen Einfluß hat, sind die sowjetischen Berater. Die Sowjets, nach Auskunft eines geflüchteten Polizeioffiziers nach 1980 „zu Tausenden" ins Land gekommen, haben sogar eine autonome Organisation in ganz Polen

aufgebaut, die eng mit den „Betonköpfen" zusammenarbeitet. Ihr Verbindungsmann im Warschauer Innenministerium ist ein Oberst Lapiński aus der frustrierten „Polizeifraktion".

Querverbindungen der Sowjets bestehen aber auch zum Veteranenverband „Zbowid", dessen Vize-Vorsitzender ZK-Sekretär Milewski ist, und zu einer 1981 zugelassenen, inzwischen wieder verbotenen Organisation mit dem Namen „Vereinigung Grunwald", die angeblich 100 000 Anhänger hat und durch nationalistische sowie antisemitische Hetze von sich reden macht.

Angesichts des eng geknüpften Netzes von Intrige und Gewalt wird es für Jaruzelski schwer werden, die verantwortlichen Hintermänner öffentlich zu benennen. Das Versprechen des polnischen Vizepremiers Malinowski, „die Ermittlungen über den Mord an Popieluszko werden vor niemandem und nichts haltmachen", bleibt allenfalls, so ist zu befürchten, nur gute Absicht.

Denn den General hat der Priestermord in ein Dilemma gebracht. Deckt er die Hinterleute auf, werden ihm die Sowjets in die Zügel fallen oder ihn gar stürzen. Bleiben die Hintergründe unaufgeklärt, könnte er seinen Rückhalt in der Armee verlieren und in der Bevölkerung noch verhaßter werden.

Aber auch Primas Glemp, der bisher in Verhandlungen mit der Regierung den einzigen Weg aus der polnischen Krise sah, hat durch den Priestermord an Autorität verloren. Immer mehr Gläubige halten seine Politik für Leisetreterei und werfen ihrem Oberhaupt vor, sich nicht deutlich genug für Basispriester wie Popieluszko eingesetzt zu haben.

Einen Denkzettel bekam Glemp am vorletzten Sonntag, als sich – noch vor dem Auffinden der Leiche – vor Popieluszkos Stanislaw-Kirche die versammelte Opposition aus dem ganzen Land mit 70 000 Gläubigen zum Bittgottesdienst traf. Zur Messe des Primas in der Warschauer Johannes-Kathedrale kamen zur gleichen Stunde nur an die 1500.

Mit Glemp ist auch sein treuester Anhänger, der Danziger Arbeiterführer Lech Walesa, ins Visier der Kritiker geraten. Walesa träumt trotz der empörten Stimmung noch immer von der Wiederaufnahme des „nationalen Dialogs" zwischen Regierung, Kirche und der Gewerkschaft „Solidarität". Der radikale Flügel der Gewerkschaft wirft dem Friedensnobelpreisträger Walesa zweckloses Taktieren vor und will ihm die Gefolgschaft kündigen.

Die ernsteste Herausforderung kam aus Wroclaw (Breslau). Dort haben Oppositionelle, zu denen auch das Haupt der verfolgten Bürgerrechtsvereinigung „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" (KOR), Jacek Kuroń, gehört, die Gründung von Gruppen „zur Überwachung der Menschenrechte" im ganzen Land bekanntgegeben: Für Polen ein neues KOR. ◆

SIGNAL
VERSICHERUNGEN
Joseph-Scherer-Straße 3, 4600 Dortmund 1

ART
COLOGNE
19. Internationaler
Kunstmarkt
15.-21. November 84

160 Galerien aus 10 Ländern zeigen
Kunst des 20. Jahrhunderts

Sonderschauen: Sammlung Kunstmuseum Bern
und „Szene New York '84"

Messegelände Köln-Deutz. Täglich 11–20 Uhr.

Informationen: Messe- und Ausstellungs-Ges.m.b.H. Köln · Postfach 21 07 60, D-5000 Köln 21,
Telefon (0221) 82 11, Telex 8 873 426 mua d, Telefax 2/m (0221) 821-2574